

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/310**

Alle Abgeordneten



Stellungnahme zum Antrag der Fraktion SPD

„Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen“

Vorbemerkung

Emschergenossenschaft und Lippeverband sind öffentlich-rechtliche Wasserwirtschaftsverbände und wurden 1899 bzw. 1926 gegründet. Sie kümmern sich seitdem unter anderem um die Unterhaltung von Emscher und Lippe, um die Abwasserentsorgung und -reinigung sowie um den Hochwasserschutz.

Die Wasserwirtschaft ist Teil der kritischen Infrastruktur in Deutschland, da die Versorgung mit Wasser und die sichere Entsorgung des Abwassers von grundlegender Bedeutung sind für die Bürgerinnen und Bürger sowie für den Schutz unserer Gewässer, die andernfalls nachhaltig Schaden nehmen können. Vor diesem Hintergrund bestehen für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen besondere Anforderungen hinsichtlich der Sicherheit der Anlagen, IT-Infrastrukturen und Netze.

Gleichzeitig ist die Wasserwirtschaft ebenfalls mit dem Hochwasserschutz befasst. Deiche, Pumpwerke und Retentionsräume schützen andere kritische Infrastrukturen vor den Folgen von Starkregenereignissen und Überschwemmungen.

Zum Antrag der Fraktion SPD

Emschergenossenschaft / Lippeverband begrüßen den politischen Willen, mehr in den Schutz der kritischen Infrastruktur in NRW zu investieren. Aktuell sehen wir insbesondere vier Handlungsfelder, um einen Schutz der kritischen Infrastruktur zu verbessern.

Cyberangriffe abwehren – Investitionen in die Modernisierung der IT-Systeme stärker fördern

**Emschergenossenschaft
Lippeverband**

Kronprinzenstraße 24
45128 Essen
T +49 (0) 201 104 - 0
F +49 (0) 201 104 - 22 77

Vorsitzender des
Genossenschaftsrates
Dr. Frank Dudda

Vorsitzender des
Verbandsrates
Bodo Klimpel

Vorstand
Prof. Dr. Uli Paetzel
(Vorsitzender)
Dr. Frank Obenaus
Dr. Dorothea Voss

eglv.de _____

Durch die steigende Digitalisierung sind kritische Infrastrukturen immer häufiger Ziel von Cyberangriffen. Deshalb ist der Schutz der IT vor Störungen und kriminellen Angriffen auch in der Wasserwirtschaft von entscheidender Bedeutung, da ihr Versagen die Grundversorgung der Bevölkerung nachhaltig beeinträchtigen könnte.

Die Wasserwirtschaft hat vor diesem Hintergrund im engen Austausch mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) einen eigenen Branchenstandard entwickelt und setzt nach dessen Vorgaben den Ausbau der IT-Infrastrukturen um. Dazu bedarf es angemessener Budgets für das Erreichen moderner Standards, gerade bei kleineren und mittleren Akteuren der Wasserwirtschaft; zudem gilt es, eine Verbesserung der IT-Fachkräftesituation, die insbesondere die öffentlichen Institutionen in zunehmendem Maße vor Probleme stellt, zu erreichen.

Hochwasserschutz verbessern zum Schutz kritischer Infrastrukturen

Die Klimakrise macht Starkregenereignisse und Hochwasser wahrscheinlicher. Insbesondere kritische Infrastrukturen müssen daher besser vor solchen Ereignissen geschützt werden, indem beispielsweise Belange des Hochwasserschutzes bei der Bauleitplanung eine größere Rolle spielen und sensible Strukturen – wie zum Beispiel Krankenhäuser oder Kitas - nicht in gefährdete Bereiche gebaut werden dürfen. Zukünftig muss die kritische Infrastruktur nach den Erfahrungen der jüngsten Ereignisse klimaresilienter geplant und gebaut werden. Auch die Infrastruktur für Hochwasservorhersage und -frühwarnung wie Pegel sowie die Datenübertragungswege muss so ausgestattet werden, dass sie auch bei Extremereignissen zur Verfügung stehen. Hierzu sind erhebliche staatliche Investitionsentscheidungen zu treffen.

Gleichzeitig gilt es in NRW, die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu verbessern, die Aufgaben im Rahmen des Hochwasserschutzes wahrnehmen. Dazu zählen zum Beispiel Vereinheitlichung des Datenaustausches über Pegelstände und Vorhersagen sowie eine bessere Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren im Katastrophenfall, bspw. über das gemeinsame Nutzen des Behördenfunks BOB (was bislang nicht der Fall ist).

Energiesysteme dezentral aufstellen, Eigenenergieproduktion ermöglichen

Die kritischen Infrastrukturen sind von einer zuverlässigen Stromversorgung abhängig. Längere Blackouts gefährden die Ver- und Entsorgungssicherheit und beeinträchtigen in Poldergebieten wie dem Ruhrgebiet den künstlich geschaffenen Abfluss der Gewässer. Der im Rahmen der Energiewende notwendige Ausbau der IT-Infrastrukturen schafft in der Tendenz weitere Anfälligkeiten für Cyberangriffe.

Neben der Stärkung der IT-Sicherheit ist es zusätzlich notwendig, die Eigenversorgungsmöglichkeiten bei Betreibern von kritischen Infrastrukturen auszuweiten. Für die energieintensive Wasserwirtschaft

**Emschergenossenschaft
Lippeverband**

eglv.de

ist daher die ortsnahe Erzeugung von erneuerbaren Energien von großer Bedeutung. Planung und Bau von Windkraftanlagen sind jedoch noch immer von zahlreichen Restriktionen und Auflagen betroffen, die eine schnelle Projektumsetzung verhindern. Bei den bislang erfolgten Änderungen im Energie- und Planungsrecht ist – mit Blick auf den hohen Energiebedarf der Wasserwirtschaft – darauf zu achten, dass Standorte an Kläranlagen ebenfalls von der Privilegierung der Windkraft und dem Ausbau von PV profitieren.

Lieferketten resilienter machen

Kritische Infrastrukturen sind auf funktionierende Lieferketten angewiesen, dies hat die Corona-Pandemie und die Energiekrise im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine gezeigt. Dazu zählen sowohl wichtige Medikamente als auch – in der Wasserwirtschaft – Vorprodukte wie Fäll- und Flockungsmittel, ohne die die Wasseraufbereitung und die Abwasserklärung nicht funktionieren. Hier gilt es, bestehende Risiken und einseitige Abhängigkeiten gezielt zu analysieren und gemeinsam nach effektiven Wegen zu suchen, die Versorgung mit besonders kritischen Stoffen zu sichern. Dies können Anreize zur stärkeren Bevorratung oder Produktionsprämien im Krisenfall sein.